



## Doppelter Einsatz für Liesing!

### Roman Schmid

Bezirksobmann  
Gemeinderat und Landtagsabgeordneter

### Mag. Silvia Forstner

Bezirksvorsteher-Stellvertreterin

- » **Die Gesundheitsversorgung in Liesing muss verbessert werden.**  
Über 110.000 Menschen in unserem Bezirk benötigen mehr niedergelassene Kassenärzte und ein Primärversorgungszentrum (Gesundheitszentrum), damit auch in Zukunft die medizinische Versorgung gesichert ist.
- » **Bürgerbeteiligung stärken – Lebensqualität sichern!**  
Die Interessen der Bezirksbevölkerung bei großen Bauprojekten und Verkehrsproblemen müssen endlich ernst genommen werden. Die Liesinger haben ein Recht auf mutige Taten, statt leerer Versprechen.
- » **Die Sicherheit der Liesinger Bürger muss wieder an erster Stelle stehen!**  
In Zeiten steigender Kriminalität, ist die Aufstockung der Polizei für einen stark wachsenden Bezirk wie Liesing eine absolute Notwendigkeit. Unsere Bevölkerung hat ein RECHT auf Sicherheit!

# Die FPÖ-Liesing sagt DANKE!

Fünf Jahre intensiver Arbeit für Liesing liegen hinter uns und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich bei all unseren Bezirksräten und Funktionären für ihren unermüdlichen Einsatz um unseren Bezirk zu bedanken! Mein besonderer Dank gilt meinen beiden Stellvertreterinnen BR Mag. Silvia Forstner und BR Sabine Kotasek, ohne die, unsere intensive Arbeit um Liesing nicht möglich wäre!

Bei den letzten Wien-Wahl wurden wir mit zwanzig Bezirksräten die zweitstärkste Fraktion in Liesing und konnten damit so manches für unseren Bezirk erreichen. Dieser Erfolg ist vor allem unseren Wählern geschuldet, die uns mit ihrer Stimme unterstützt haben. Als Obmann bedanke ich mich deshalb im Namen der FPÖ-Liesing bei all unseren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen!

## **FPÖ-Liesing - ein Partner für die Zukunft**

Die FPÖ in Liesing wird auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für die Interessen der Liesinger Bürger sein. Erfolg kann man zwar nicht versprechen, dass wäre unseriös. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir uns mit Herz und Verstand für unseren Bezirk einsetzen werden. Die FPÖ hat mehrmals bewiesen, dass sie auf der Seite der Bürger steht.

## **Die Sicherheit der Liesinger muss an erster Stelle stehen**

Als Liesing im Jahre 2016 mit einer großen Flüchtlingsunterkunft in der Ziedlergasse zwangsbeglückt wurde, waren wir die einzige Partei, die dagegen aufgestanden ist. Die SPÖ, ÖVP, Grünen und Neos, hatten sich damals alle für die Unterbringung von bis zu 1.400 Flüchtlingen ausgesprochen. Dieses Versagen der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung und der Rot/Grünen-Stadtregerung sollte nicht auf dem Rücken der Liesinger Bevölkerung abgeladen werden. Deshalb hatte die FPÖ damals zwei Bürgerversammlungen einberufen lassen und gemeinsam mit tausenden Bürgern eine Demonstration in Liesing abgehalten. Aufgrund dieses Drucks kamen damals wesentlich



Foto: © FPÖ

weniger Flüchtlinge als geplant nach Liesing und auch die Executive war fast rund um die Uhr vor der Flüchtlingsunterkunft im Einsatz. Durch diesen beherzten Einsatz konnte der Schutz der Bürger weitgehend sichergestellt werden. Bei anderen Flüchtlingsunterkünften wurden diese Maßnahmen nicht ergriffen – die Folgen sind bekannt.

## **Eine Stimme für die FPÖ ist eine Stimme für mehr Demokratie**

Wir sind das Gegengewicht! Ob auf Bundes-, Landes- oder Bezirksebene - die FPÖ hat stets bewiesen, dass sie gegen den Strom schwimmen kann und damit ein starkes Gegengewicht zu der Einheitspolitik der übrigen Parteien darstellt. Deshalb ist gerade IHRE Stimme für die FPÖ eine Investition für mehr Selbstbestimmung, Sicherheit und Demokratie!

Ihr  
Roman Schmid



# Liesing - das Stiefkind der Rot/Grünen Stadtregierung

Schon zu Zeiten der alleinigen SPÖ-Regierung in Wien galt Liesing nicht gerade als Liebling der Wiener SPÖ. Obwohl Liesing ein sehr stark wachsender Bezirk ist und immer mehr Menschen hier wohnen, wurden viele Wünsche und Forderungen des Bezirks einfach ignoriert. Das musste auch der ehemalige SPÖ-Bezirksvorsteher Manfred Wurm zähneknirschend zur Kenntnis nehmen. Die Liesinger Bezirksvertretung hatte damals gefordert, die Wohnungsanzahl beim Bauvorhaben Waldmühle, aus verkehrstechnischen Gründen, zu reduzieren. Vergebens, die Wünsche des Bezirks wurde von der SPÖ-Stadtregierung ignoriert und das Verkehrschaos ist bis heute deutlich spürbar.

## Liesing darf nicht zur Schlafstadt werden

Aber auch in anderen Fällen wurde die Entwicklung Liesings vernachlässigt. Bis heute fehlen Infrastruktur- und Verkehrskonzepte, eine zielführende Parkraumbewirtschaftung und Freizeiteinrichtungen für die stark wachsende Bezirksbevölkerung.

## Liesing mangelt es an Freizeiteinrichtungen

FPÖ-Bezirksrat Ludwig Hrdlicka hatte schon vor zehn Jahren gewarnt, dass Liesing eine „Schlafstadt“ mit überproportionierten Bauprojekten, aber ohne ausreichende Infrastruktur- und Verkehrskonzepte werden könnte. Mit den Folgen, dass es für die Bewohner auch zu wenige Freizeiteinrichtungen geben werde und es auch zu einem Engpass bei Kindergarten- und Schulplätzen kommen könne. Hrdlicka hatte bereits vor zehn Jahren die Errichtung eines Hallenbades in Liesing gefordert, damit sich die Liesinger ganzjährig sportlich betätigen können. Diese Forderung wurde im Bezirksparlament einstimmig angenommen, aber von der Stadtregierung bis heute nicht umgesetzt. Die Wiener SPÖ hat zwar die Forderung der FPÖ übernommen und vor einigen Monaten die Errichtung eines solchen Ganzjahresbades verkündet - ob es auch zur Realisierung kommt, ist fraglich.

## Immer weniger Grün, durch Rot/Grüne-Stadtpolitik

Einen Höhepunkt der stiefmütterlichen Behandlung hat Liesing durch die Rot/Grüne Rathauskoalition erleben müssen. Unter der damaligen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou wurde Liesing rücksichtslos



**Roman Schmid**  
Bezirksobmann  
FPÖ Liesing

**Dominik Nepp**  
Wiener FPÖ-Obmann  
und Spitzenkandidat

Foto: © FPÖ

verbaut. Maria Vassilakou ist zwar Geschichte, doch zeigt auch ihre Nachfolgerin Birgit Hebein keine Anstalten, diesen Kurs zu ändern. So wurde kürzlich erst wieder ein FPÖ-Antrag im Wiener Gemeinderat auf Errichtung einer Schnellbuslinie für Liesing, von SPÖ und Grünen abgelehnt.

**Die Folgen dieser Benachteiligung Liesings bekommen wir alle tagtäglich zu spüren. Grünräume werden verbaut, die Verkehrsbelastung nimmt zu und durch das fehlende Parkraumkonzept wird die Parkplatznot in manchen Bezirksteilen unerträglich. Am 11. Oktober haben Sie als Bürger die Wahl, ob Liesing weiterhin als Stiefkind im Schatten steht oder ob Liesing endlich seinen angemessenen Stellenwert in der Wiener Stadtpolitik erhält!**



# FPÖ-Liesing - Bürgernahe Verkehrspolitik statt Chaos und Schikanen

## Fakten zur Verkehrspolitik in Liesing

Die Gemeinderatswahl 2020 steht vor der Tür und das drohende Fahrverbot in der City zeigt, dass die Verkehrspolitik eine wesentliche Rolle in diesem Wahlkampf spielt. In unserem Beitrag wollen wir unsere Vorstellungen für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik darstellen und zeigen, dass einzig eine Stimme für die FPÖ eine glaubwürdige Verkehrspolitik im Interesse der Liesinger Bürger garantiert.

### Das Auto ist kein Fetisch, sondern pure Notwendigkeit für viele Liesinger

Während Bewohner der inneren Bezirke in vielen Fällen ihre täglichen Wege gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zurücklegen können, so zeigen die Fakten, dass wir Liesinger überdurchschnittlich auf das private Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind. Was jeder Bezirksbewohner aus eigener Erfahrung weiß, lässt sich auch mit Fakten untermauern: Wie eine Studie zeigt, haben in den Innenbezirken de facto 100 % der Bewohner eine qualitativ hochwertige Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. Auf die Wohnsitze der Liesinger Bevölkerung trifft das nur zu 54% zu, was umgekehrt bedeutet, dass 46% der Liesinger Bevölkerung eine unzureichende Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel haben.

### Höchster PKW Anteil – Liesing ist Autofahrerbezirk

Dass die Liesinger Bewohner überdurchschnittlich auf das private Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind, wird durch eine

weitere Statistik belegt: So waren im Jahr 2018 in Liesing 500 PKW pro 1.000 Einwohner angemeldet. Diese Zahl liegt nicht nur deutlich über der Zahl in innerstädtischen Bezirken (Margareten: 279, Josefstadt: 302) sondern auch über den Zahlen anderer Flächenbezirke (Favoriten: 344, Donaustadt: 433).

### Autofeindliche Politik schadet der Liesinger Bevölkerung & Wirtschaft

Basierend auf diesen Fakten tritt die FPÖ-Liesing auch für eine vernunftbasierte Politik ein, die anerkennt, dass viele Liesinger auf ihr Auto angewiesen sind und nicht nur aus Jux und Tollerie mit dem privaten PKW fahren. Wir warnen daher auch deutlich vor einer ideologisch verblendeten Verkehrspolitik, die sich blind gegen Autofahrer richtet. Solche Beschränkungen des Autoverkehrs würden die Bevölkerung in Liesing überproportional hart treffen. Eine autofeindliche Politik schadet auch der Wirtschaft massiv und würde zu einem massiven Kaufkraftabfluss nach Niederösterreich (Stichwort: SCS) führen.

## Die gescheiterte Verkehrspolitik von Rot & Grün

### Parkpickerl-Salamitaktik statt Gesamtkonzept



Seit der Einführung der Kurzparkzonen im ersten Bezirk im Jahr 1993 wurde die Parkpickerlzonen stetig vergrößert. Dies, ohne dass die SPÖ oder Grünen jemals ein schlüssiges Gesamtkonzept verfolgt hätten. Daher ist diese Form der Parkraumbewirtschaftung in der Praxis auch grandios gescheitert. Immer wenn ein Bezirk das Parkpickerl neu eingeführt hat, hat sich der Parkplatzdruck auf die Nachbarbezirke verlagert. Dieser steigende Parkplatzdruck wurde von der Stadtregierung immer wieder als Rechtfertigung für die Ausdehnung der Kurzparkzonen herangezogen. Eine nachhaltige Lösung im Sinne einer Verbesserung der Parkplatzsituation der Wiener Bevölkerung ist nie eingetreten.

### Kurzparkzonen: Außer Spesen nichts gewesen

Wie der Standard berichtet, hat

die Stadt Wien im Jahr 2018 sagenhafte 186,6 Millionen Euro an Parkgebühren und Parkstrafen lukriert. Tendenz steigend. Einziger Gewinner der ständigen Ausdehnung der Kurzparkzonen in Wien ist somit der Finanzstadtrat, der zusätzlich Mittel zum Stopfen der notorisch bekannten Löcher im Wiener Budget benötigt. Anders gesagt: das Geld der Wiener Autofahrer wird dringend benötigt um zB die üppigen Sozialgeschenke von SPÖ und Grünen an Nicht-Staatsbürger zu finanzieren.

Auch bei nach der Wahl drohenden Einführung des Parkpickerl in Liesing würde wohl wieder der Grundsatz „Außer Spesen nichts gewesen“ zum Leidwesen der Autofahrer wieder einmal bewahrheiten.

### Parkpickerl in Liesing: nächster Anschlag auf die Geldbörse droht!

Nach Plänen der Stadt Wien soll auch Liesing ein Parkpickerlbezirk werden. Ein flächendeckendes Parkpickerl ist für Liesing jedoch nicht sinnvoll, da es einerseits vor allem entlang der U6 und in deren Nähe Parkplatzprobleme gibt, aber andererseits in vielen Gebieten ein Parkpickerl nur zu einer unnötigen Belastung für Anrainer führen würde. Um weitere Kosten für die Liesinger Autofahrer zu vermeiden schlägt die FPÖ daher die Erhöhung der Auslastung der Park and Ride-Anlagen vor, die zudem durch Parkleitsystem die Nutzung der Anlage für Pendler bewerben soll.

### Blanker Autofahrerhass bei Wiener Grünen

Maßgeblichen Anteil an der verfehlten Wiener Verkehrspolitik haben die Wiener Grünen, die seit 2010 die Verkehrsstadträtinnen

stellen. Wie stark deren Politik von blankem Hass gegen Autofahrer geprägt ist, hat ein offenes Interview des Vassilakou-Beraters im Spiegel gezeigt. Dieser hat sich neben der Aussage „Der Autofahrer ist kein Mensch“ offen dazu bekannt, dass man in Wien systematisch Stau erzeugt und Straßen verengt hat um die Autofahrer zu nerven. Den Grünen geht es also nicht darum, die Verkehrssituation der Wiener zu verbessern, sondern darum die Autofahrer mutwillig zu schikanieren.

Die gravierenden Folgen der grünen Autofahrerschikanen sind in ganz Wien deutlich sichtbar: massive Parkplatzvernichtung, Tempo 30 auf etlichen Hauptverkehrsstraßen und unsinnige Begegnungszonen. Das dem Irrsinn der Grünen nahezu keine Grenzen gesetzt sind, zeigen kürzliche Initiativen: Pop-up-Radwege, die massive Staus verursachen, temporäre Begegnungszonen und die Verschwendung von € 260.000 an Steuergeld für den Gürtelpool, in dem nur 6 Personen gleichzeitig baden dürfen.

Die autofeindliche Politik der Grünen negiert auch vollkommen, dass es in Wien viele Bewohner gibt, die auf das Auto angewiesen sind, wie Familien mit kleinen Kindern, Senioren und Menschen mit körperlichen Behinderungen. Die Grünen nehmen somit bewusst

in Kauf, dass die Lebensqualität dieser Menschen bewusst verschlechtert wird. Der SPÖ ist anzulasten, dass sie dem Treiben der grünen Fundis nicht Einhalt geboten hat. Die FPÖ ist das einzige Bollwerk gegen diese autofeindliche Politik der Stadtregierung.

### Drohendes City-Fahrverbot: ÖVP als willige Erfüllungsgehilfin der Grünen

Das geplante Fahrverbot in der Wiener Innenstadt zeigt wieder einmal deutlich, dass den Wiener Autofahrern auch von Seiten der ÖVP Gefahr droht. Bekanntlich wurde zwischen der grünen Verkehrsstadträtin und dem ÖVP-Bezirksvorsteher auspackiert, dass bezirksfremde Autofahrer aus der Wiener Innenstadt ausgesperrt werden sollen.

Die FPÖ lehnt diesen massiven Anschlag auf die Liesinger Bevölkerung ab, der es weiter möglich sein soll, mit dem PKW in die Wiener Innenstadt zu fahren. Wir sind der Meinung, dass die Wiener Innenstadt allen Wienerinnen und Wienern gleichermaßen zugänglich sein soll.

Das Autofahren in der Innenstadt soll nicht nur jenen Anrainern vorbehalten bleiben, die sich das bekanntermaßen teure Wohnen im ersten Bezirk leisten können. Mit der FPÖ wird es keine Privilegien nach dem Motto „Freie Fahrt für betuchte Bürger“ geben.



**FPÖ: Konstruktive Lösungen für Liesing und Wien**

**Attraktive Öffis statt Schikanen für Autofahrer**

Wer keine eigenen Ideen hat, dem bleiben nur Verbote: das ist wohl das Motto der rot-grünen Stadtregierung. Anstatt intelligente Lösungen zu finden, um das Autofahren zu reduzieren geht es bei den meisten Maßnahmen der Stadtregierung nur darum, Autofahrer zu behindern und zu schikanieren. Die falschen Prioritäten der rot-grünen Showpolitik (Pop-up-Radwege, Gürtelpool, usw.) führen aber auch dazu, dass wirklich wichtige verkehrspolitische Maßnahmen vernachlässigt werden. So wurde erst kürzlich in den Medien darüber berichtet, dass sich der Bau der U5 und Ausbau der U2 um 12 Monate durch Missmanagement verzögern wird. Nur ein Versagen von vielen, das den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erschwert.

Wir von der FPÖ treten dafür ein, die öffentlichen Verkehrsmittel zu attraktiveren und die Wiener so freiwillig dazu zu motivieren, das Auto stehen zu lassen. Gerade in Liesing gibt es viele Bezirksteile, die eine bessere öffentliche Ver-

kehrsanbindung benötigen, um es den Menschen zu ermöglichen das Auto stehenzulassen. Für Pendler aus dem Umland braucht es zudem bessere Park and Ride Angebote.

**FPÖ: Entlastung der Autofahrer durch kostenloses, wienweites Parkpickerl**

Zur Entlastung der Autofahrer fordert die FPÖ-Wien ein wienweites und kostenloses Parkpickerl für alle Wiener Autofahrer. Wer hier wohnt und die unzähligen städtischen Gebühren und Abgaben zahlt, soll auch sein Auto kostenlos abstellen dürfen. Damit ist die FPÖ der Gegenpol zur Abkassierer-Mentalität der SPÖ.

**Umfragen bestätigen Kurs der FPÖ**

Umfragen zeigen, unsere Positionen werden von der Mehrheit der Wiener geteilt. Eine kürzlich in der Tageszeitung Kurier veröffentlichte Umfrage zeigt, dass 55 % der Wiener neue Begegnungszonen ablehnen und sogar 66 % der Bürger gegen den Ausbau von Radwegen zulasten von Fahr- und Parkspuren von Autos sind. Auch das in Kollaboration zwischen ÖVP und Grünen geplante Fahr-

verbot in der Innenstadt wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Wie sooft beweist sich, dass die Konzepte der FPÖ die bürgernähesten sind!

**Am 11. Oktober gilt: Nur die FPÖ garantiert freie Fahrt für freie Bürger**

Bei der nächsten Wien-Wahl geht es auch bei der Verkehrspolitik um viel: Bei Fortsetzung der rot-grünen Koalition drohen weitere 5 Jahre ideologisch fehlgeleiteter Verkehrspolitik in Liesing und ganz Wien. „Holen wir unser Wien zurück!“ lautet das Motto der FPÖ für die Gemeinderatswahl am 11. Oktober. Dies gilt auch für den Bereich der Verkehrspolitik. Nur mit einer Stimme für die FPÖ können wir uns unser Wien von jenen Politikern zurückholen, die in unserer Stadt nur Verkehrschaos und Autofahrerschikanen verursachen.



**FPÖ**  
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI  
BEZIRKSGRUPPE LIESING

Bezirkswahlvorschlag 1  
Kreiswahlvorschlag 1  
Stadtwahlvorschlag 15

**Am 11. Oktober**  
**FPÖ**

**Antlicher Stimmzettel**  
für die  
Gemeinderats  
Wahlkreis Liesing

<input type="radio"/>	SPÖ	ÖVP - Österreichische Volkspartei	
<input checked="" type="radio"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Roman Schmid Roman Schmid
<input type="radio"/>	GRÜNE	Österreichische Grüne Partei	

**Antlicher Stimmzettel**  
für die  
Bezirksvertretung  
Bezirk Liesing

<input type="radio"/>	SPÖ	Österreichische Partei Österreichs	
<input checked="" type="radio"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Roman Schmid
<input type="radio"/>	GRÜNE	Österreichische Grüne Partei	

**Roman SCHMID**

## FPÖ-Liesing fordert die Ausweitung der Wiener Kernzone

Liesing wächst und damit auch die Verkehrsbelastung. Der Grund dafür ist der starke Pendlerverkehr aus NÖ und die tausenden Wohnungen, die in den letzten Jahren in Liesing errichtet wurden. Die Errichtung von Wohnungen ist wichtig, allerdings fehlen dafür die notwendigen Verkehrskonzepte. Um der Verkehrsbelastung entgegenzutreten fordert die FPÖ-Liesing seit Jahren die Ausweitung der VOR-Zone 100, der sogenannten Wiener Kernzone auf die Um-

landgemeinden in NÖ. Pendler aus NÖ benötigen zwei Jahreskarten, wenn sie ihren Arbeitsplatz in Wien mit den Öffis erreichen wollen. Damit würden sich die Kosten für die Pendler halbieren und einen Anreiz schaffen, um auf das Auto zu verzichten. Profitieren würde vor allem auch die Liesinger Bevölkerung, denn die Ausweitung der Kernzone würde auch die teils katastrophale Parkplatzsituation im Bezirk entlasten. Bisher haben SPÖ und Grüne diese Forderung abgelehnt!

## Schnellbuslinie für Liesing

Seit drei Jahren fordert die FPÖ für Liesing eine Schnellbuslinie zur Entlastung und Ergänzung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Mit dem Schnellbus soll die bisher nur unzureichend abgedeckte Ost-West-Verbindung im Bezirk verbessert werden. Eine Schnellbuslinie fährt weniger Stationen an, wodurch die höherrangigen Verkehrsmittel wie U6, Schnell- und Badner Bahn, rascher erreicht werden können. Ein weiterer großer Vorteil wäre die schnelle Realisierung dieser Idee, da die Haltestellen bereits vorhanden

sind, sowie die Flexibilität eines Schnellbusses, dessen Streckenführung bei Bedarf auch sehr rasch abgeändert und angepasst werden könnte. Bisher haben SPÖ und Grüne diesen Antrag abgelehnt.



Foto: © Kyril Gorlov @123rf.de

## FPÖ für kostenfreies Parkpickerl

Die FPÖ tritt für ein kostenfreies Parkpickerl für ganz Wien ein, das allen hier hauptwohnsitzgemeldeten Autofahrern zu steht. Begleitend dazu, sollen in den Umlandgemeinden in NÖ verstärkt Park & Ride-Stellplätze errichtet werden, um die Pendler dort schon abzufangen. Ebenso fordert die FPÖ seit Jahren die Ausweitung der VOR Wiener Kernzone. Damit brauchen Pendler aus den Umlandgemeinden nur eine Jahreskarte und nicht mehr zwei Jahreskarten, wenn sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Das wäre für die Pendler ein sehr starker finanzieller Anreiz, um auf das Auto zu verzichten. Diese Maßnahmen würde die Verkehrsbelastung in Liesing reduzieren und die Bezirksteile, die unter großer Parkplatznot leiden entlasten. Die momentane Wiener Parkraumbewirtschaftung gleicht einem „Parkpickerl-Fleckerlteppich“, für den die Bürger auch noch zahlen dürfen. Eine derartige Geldbeschaffung, um damit die Löcher der Rot/Grünen Stadtregierung zu stopfen, lehnen wir ab.

**Bezirkswahlvorschlag 2**  
**Kreiswahlvorschlag 5**

Amtlicher Stimmzettel Gemeinderat Wahlbezirk Liesing			
Partei	Parteiabkürzung	Eintrag	Stimmzettel
<input type="checkbox"/>	SPÖ	Österreichischer Sozialdemokratische Arbeiterpartei	
<input checked="" type="checkbox"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Silvia Forstner
<input type="checkbox"/>	GRÜNE	Österreichische Grüne Partei	Silvia Forstner

  

Amtlicher Stimmzettel für die Bezirksvertretung Bezirk Liesing			
Partei	Parteiabkürzung	Eintrag	Stimmzettel
<input type="checkbox"/>	SPÖ	Österreichischer Sozialdemokratische Arbeiterpartei	
<input checked="" type="checkbox"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Silvia Forstner
<input type="checkbox"/>	GRÜNE	Österreichische Grüne Partei	

**Mag. Silvia FORSTNER**

# JA zu einer besseren Gesundheitsversorgung in Liesing

Die Bevölkerung von Liesing ist in den letzten Jahren auf 110.000 Menschen angewachsen. Damit hat der 23. Bezirk bereits mehr Einwohner als Klagenfurt. Die Gesundheitsversorgung konnte mit dieser Entwicklung aber nicht mithalten. Auch wenn die medizinische Versorgung nicht schlecht ist, wird sie der steigenden Einwohnerzahl nicht gerecht.

## Kassenverträge müssen attraktiver werden

Gerade bei den Kassenärzten zeigt sich dieser Umstand immer deutlicher. Deshalb fordert die FPÖ eine Attraktivierung der Kassenverträge, damit sich wieder mehr Vertragsärzte in Liesing niederlassen und die medizinische Versorgung im Bezirk sichergestellt ist. Leider werden die Kassenverträge mit Absicht unattraktiv gehalten. Die Krankenkassen sparen sich zwar damit Kosten, aber leider nur auf dem Rücken von Ärzten und Patienten. Das Land Wien könnte diese Situation ändern, denn der Landesgesundheitsfond wird durch die Zielsteuerungskommission und die Gesundheitsplattform kontrolliert. Diese beiden Kontrollorgane werden durch den Gesundheitsstadtrat (Peter Hacker, SPÖ) geleitet. Der Wiener Gesundheitsfonds untersteht ebenso der Aufsicht der Landesregierung und damit hat auch der Landeshauptmann Michael Ludwig die Möglich-

keit und Pflicht auf solche Fehlentwicklungen hinzuweisen und ihnen entgegenzuwirken.

FPÖ-Liesing stellt Antrag auf Errichtung eines Primärversorgungszentrums

Ergänzend dazu fordern wir die Errichtung eines Primärversorgungszentrums (Gesundheitszentrums) in Liesing, in dem mehrere Gesundheitsberufe zusammenarbeiten, wie z.B. Allgemeinmediziner, Kinderärzte oder Psychologen.

Die Errichtung eines eigenen Primärversorgungszentrum in Liesing, ist seit Jahren eine Forderung der FPÖ! Um längerfristig eine optimale Gesundheitsversorgung für die Liesinger Bevölkerung sicherstellen zu können, hat die FPÖ Liesing in der letzten Bezirksvertretungssitzung am 4. Juni, nun die Errichtung eines solchen „Primärversorgungszentrums“ mittels eines Resolutionsantrags beantragt.

**FPÖ**  
 DIE SOZIALE HEIMATPARTEI  
 BEZIRKSGRUPPE LIESING

Bezirkswahlvorschlag 3  
 Kreiswahlvorschlag 2

**Amtlicher Stimmzettel**  
 für die  
**Gemeinderat**  
 Wahlkreis Liesing

Partei	Parteiabkürzung	Parteiabkürzung	Parteiabkürzung
<input type="checkbox"/>	SPÖ	Österreichische Sozialistische Partei Österreichs	
<input checked="" type="checkbox"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Sabine Kotasek
<input type="checkbox"/>	GRÜNE	Österreichische Grüne Partei	Sabine Kotasek

**Amtlicher Stimmzettel**  
 für die  
**Bezirksvertretung**  
 Bezirk Liesing

Partei	Parteiabkürzung	Parteiabkürzung	Parteiabkürzung
<input type="checkbox"/>	SPÖ	Österreichische Sozialistische Partei Österreichs	
<input checked="" type="checkbox"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Sabine Kotasek
<input type="checkbox"/>	GRÜNE	Österreichische Grüne Partei	

**Sabine KOTASEK**

# Mehr Lebensqualität durch Lärmschutz entlang der U6

Seit Jahren fordern Anrainer, mehrere Bürgerinitiativen und die FPÖ Liesing, Lärmmessungen und Lärmschutzmaßnahmen entlang der U6. Jetzt kommt endlich Bewegung in die Sache - in der letzten Bezirksvertretungssitzung am 4. Juni wurden mehrere Anträge in Kooperation mit ÖVP und NEOS auf Lärmmessung, beidseitige Lärmschutzwände für den gesamten Bereich zwischen Alt Erlaa

und Siebenhirten sowie eine Geschwindigkeitsreduktion der U6 vor allem in den Nachtstunden, eingebracht. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Umsetzung liegt nun bei den zuständigen Stellen der Stadt Wien bzw. den Wiener Linien und soll zu einer deutlichen Verbesserung für die Anrainer führen und die Lebensqualität erheblich verbessern.



Foto: © FPÖ

# Der Schrottplatz ist Geschichte: Beharrlicher Bürgerprotest hat sich gelohnt

Der Schrottplatz in der Grawatschgasse 7-9, in Neulerlaa ist bereits vielen als „unendliche Geschichte“ bekannt, dennoch dürfte sie jetzt zu einem für die Anrainer erfreulichen Finale kommen. Vor etwa zwölf Jahren hat ein in Liesing - damals noch an einem anderen Standort - ansässiger Schrottverwerter danach gestrebt, auf dem ehemaligen Orenstein & Koppel-Gelände die größte Schrottverwertungsanlage Europas zu errichten. Im damit verbundenen behördlichen Genehmigungsverfahren zeigte sich sehr rasch die entschlossene Abwehrhaltung der Anrainer, die freilich der Vorstellung einer lärm- und feinstaubproduzierenden Betriebsanlage in unmittelbarer Umgebung ihrer Einfamilienhäuser relativ wenig abgewinnen konnten. Mit gebündelten Kräften haben die Anrainer jedes erdenkliche

rechtliche Mittel im Kampf gegen die Umsetzung dieses Ansinnens genützt. In bis auf den letzten Platz gefüllten Verhandlungssälen machten sie ihre berechtigten Einwände kund und zeigten nicht selten auch gravierende Mängel bei den Einreichungsunterlagen auf. Eine von 2.000 Personen unterstützte Bürgerinitiative wurde gegründet und es hagelte regelmäßig Beschwerden, Anzeigen und auch private Klagen gegen die Betreiber. Unterstützung in ihrem Bestreben für eine weiterhin lärm- und feinstaubarme Umgebung gab es für die Anrainer von Anfang an einzig und alleine von der FPÖ-Liesing und aktuell verdichten sich die Hinweise, dass man es mit vereinten Kräften nach zwölfjährigem beherzten Einsatz nun wohl endlich geschafft haben könnte:



Liesinger FPÖ-Klubobmann Roman Schmid und Anrainer Alfred Petters vor dem geplanten Schrottplatz. Foto: P. Weiser

## Kampf gegen Schrottplatz geht in die nächste Runde

Seit 2005 kämpfen die Anrainer bei der Grawatschgasse nun schon gegen den Schrottplatz, dessen

fordere alle Nachbarn auf, diese Gelegenheit wahrzunehmen, um persönlich ihre Einwände gegen

der Projektwerber hat das Grundstück inzwischen verkauft und auf seiner Internetseite gibt er einen neuen Standort an.



# Schluss mit dem Fluglärm

Die FPÖ-Liesing fordert seit Jahren die Einstellung der gesundheits-schädlichen Abflugroute über Liesing. Dicht besiedelte Gebiete sollten generell umflogen werden. Auch der gekurvte Anflug würde eine Verbesserung bringen. Fluglärmmessungen müssen „unabhängig“ und nach WHO (Weltgesundheitsorganisation) Kriterien erfolgen.

3. Piste muss hinterfragt werden

Auch der Bau der 3. Piste muss hinterfragt werden. Laut einem Urteil des

Höchstgerichts darf die 3. Piste am Flughafen Schwechat gebaut werden. Es stellt sich aber die Frage, ob die 3. Piste noch notwendig ist, da der Flugverkehr durch Corona nicht so rasch erholen dürfte.

Der Bau der 3. Piste könnte daher zu einem Milliardengrab werden. Dieses Geld könnte man gerade jetzt in der Wirtschaftskrise wesentlich besser



Foto: © FPÖ

investieren. Sollte die 3. Piste doch gebaut werden, fordern wir vom Flughafen eine Garantie, dass so wie versprochen, nicht mehr, sondern weniger Flugzeuge über Liesing fliegen.

## Lärm – unsichtbare Plage mit großer Wirkung

Foto: ©studio grand web@123rf.de



Immer mehr Bürger beklagen sich über die zunehmende Lärmbelastung in unserem Bezirk. Besonders in den Sommermonaten, wenn die Fenster geöffnet sind und die Menschen mehr Zeit im Freien verbringen, wird dieses Thema am häufigsten an unsere FPÖ-Bezirksräte herangetragen. Denn Lärm stört nicht nur, er beeinträchtigt auch unsere Lebensqualität und gefährdet im schlimmsten Fall auch unsere Gesundheit. Zu den größten Lärmquellen in Liesing zählen der Straßen-, Bahn- und Fluglärm. Objektiv gesehen, sind wir alle Mitverursacher und realistisch gesehen, werden wir alle mit einer gewissen Lärmbelastung leben müssen.

### Trotz hoher Mieten kein Schutz vor Lärm

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir alle in unseren eigenen vier Wänden vor übermäßiger Lärmbelastung geschützt werden. Aber auch in diesem Bereich klagen immer mehr Bürger über die zunehmende Lärmbelästi-

gung. Laute und rücksichtslose Nachbarn und die missbräuchliche und laute Belagerung von Kinderspielplätzen, meist durch ortsfremde Jugendliche, bis spät in die Nacht, sind die häufigsten Beschwerdegründe. Obwohl die Wohnbaugenossenschaften und Wiener Wohnen verpflichtet sind, ihre Mieter vor solcher Lärmbelästigung zu schützen, reagieren diese oft nur unwillig bis gar nicht auf die Beschwerden ihrer Mieter. Eine Hausordnung zu haben reicht nicht aus – man muss sie auch durchsetzen.

Die Wohnbaugenossenschaften sind in solchen Fällen verstärkt in die Pflicht zu nehmen, dass die Ruhe- und Nachtzeiten im Interesse der Bewohner eingehalten werden. Diese bezahlen schließlich auch hohe Mieten.

## Grundstücksentwertung durch Flughafen Sicherheitszone

Durch den Bau der 3. Piste erhalten über 10.000 Grundeigentümer – darunter viele Liesinger – einen Eintrag ins Grundbuch. Der Grund dafür: durch die Abflugrouten der zukünftigen 3. Piste, wurde die Sicherheitszone des Flughafens neu festgelegt. Diese Sicherheitszone wurden bereits bei vielen Grundeigentümern als Belastung ins Grundbuch eingetragen. Dadurch kann ein möglicher Wertverlust (Grundstücksentwertung) nicht ausgeschlossen werden. Um einer möglichen Grundstücksentwertung vorzubeugen, sollten Sicherheitszonen nicht in das Grundbuch, sondern in die Flächenwidmungspläne eingezeichnet werden. So wie es etwa auch bei Hochwasser- oder Lawinenschutz zonen gemacht wird. Wir Freiheitliche werden eine entsprechende Gesetzesänderung prüfen.

# Liesing darf keine Betonwüste werden

Die Schaffung von Wohnraum ist wichtig, besonders von leistbarem Wohnraum. Trotz reger Bautätigkeit konnte dieses Problem noch immer nicht befriedigend gelöst werden. Dabei sollte aber auch immer die Lebensqualität der ansässigen, wie

auch der neu zuziehenden Menschen berücksichtigt werden. Doch auch diese Notwendigkeit wurde von der Rot/Grünen Stadtregerung bisher nur unbefriedigend berücksichtigt. Gerade unter der Grünen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou

ist sehr viel Grünraum in Liesing verbaut worden. Vassilakou ist zwar im letzten Jahr zurückgetreten, doch auch unter ihrer Nachfolgerin Birgit Hebein wird sich an der zu dichten Verbauung nichts ändern.



*„Ich wuchs dort auf, wo die Stadt endete. Hinter unserem Haus waren Olivenhaine und Weinfelder. Dann wurde dort gebaut, ohne jede Grünraumplanung. Alles, was ich liebte, verschwand in einer Beton- und Asphaltwüste. Auch das prägt und machte aus mir eine leidenschaftliche Planungsstadträtin.“*

Einen Tag vor ihren Rücktritt hatte ich, als Gemeinderat aus dem Wahlkreis Liesing, die Gelegenheit Maria Vassilakou mit ihrer Aussage zu konfrontieren. In meiner Rede sagte ich, dass ich sie gut verstehen könne, denn auch in Liesing habe ich es sehr oft erleben müssen, wie unglücklich die Menschen waren, als neben ihnen die Betonwände hochgezogen wurden und alles was sie liebten, unter Beton- und Asphalt verschwand.

## Mehr Grünraum statt Bauwahn

Etliche Bürgerinitiativen sind gegen Vassilakous „Megabauvorhaben“ zu Felde gezogen. Ihre Anliegen waren: eine „anrainerfreundliche“ Verbauung, weniger Verdichtung, eine geringe Bauhöhe, Parkplätze und ein Verkehrskonzept. Meist blieb es bei diesen Wünschen. Dabei sollte man denken, Maria Vassilakou hätte Verständnis für die Sorgen der Anrainer. Denn in einem Interview vor erst zwei Jahren erklärte sie, warum sie Stadtplanerin geworden war. Sie erzählte dabei von ihrer Kindheit in Griechenland:

## Mehr Lebensqualität für Liesing

Auch wenn Wohnraum kein Wohnraum bleiben soll, muss genügend Grünraum erhalten bleiben. Eine alte Volksweisheit sagt u.a.: „Man solle ein Haus bauen und einen Baum pflanzen.“ Stimmt, wir brauchen beides zum Leben. Eine Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich besagt, dass das Pflanzen



Labg. GR Roman Schmid hält Planungsstadträtin Maria Vassilakou den Spiegel vor.

von Bäumen dem Klimawandel am besten entgegenwirken könnte. Neben den heißer werdenden Sommern hat uns auch die Zeit des Lockdowns gezeigt, wie wichtig nahegelegene Grünräume sind. Glücklicherweise gibt es in Liesing auch sehr viele Gärten, aber nicht jeder kann sich ein Haus mit Garten leisten. Deshalb müssen wir mit den restlich verbliebenen Grünflächen und Naherholungsgebieten sorgfältiger umgehen als bisher und mit Herz und Verstand dafür sorgen, dass Liesing nicht zur Betonwüste wird!

# Was kümmert mich jetzt die EU? Wir wählen in Wien.

So werden in diesen Tagen viele denken. Sie unterschätzen aber, wie groß der Einfluss Brüssels heute auf die Entwicklung unserer Stadt ist. Wenn die Beiträge und Zusatzzahlungen steigen, bleibt weniger für die Unterstützung der eigenen Leute und Gemeinden. Dabei brauchen wir in Corona-Zeiten jeden Cent, um den Folgen der Epidemie entgegen zu steuern. Die beginnende Pleitewelle bei Firmen bedeutet immer auch den Verlust von Arbeitsplätzen, weniger Beiträge und höhere Ausgaben.

Und es ist nicht nur die KURZ-ÖVP, die bereit ist, mehr an die Union abzuliefern (vor der Wahl hat er noch versprochen, keine höheren Zahlungen zu leisten). Auch die SPÖ will, aus „Solidarität“ mit den Pleitestaaten, mehr einzahlen. Statt, nach dem Austritt der Briten, Funktionen und Beamte einzusparen, kostet der laufende Betrieb der Bürokraten jetzt angeblich mehr! Keine Verwaltungsvereinfachung und Stellenreduzierung, sondern mehr „Grüne Ausgaben“ – eine Art „Gretlsteuer“ – sind geplant, obwohl das Geld in Krisenzeiten dringender an anderer Stelle gebraucht wird.

Es geht um die Unterstützung der von Corona am meisten betroffenen Staaten, so werden wir belehrt. Dass diese aber, wegen falscher Maßnahmen in der Vergangenheit und schlechtem Gesundheitssystem, selbst massiv an der Ausbreitung Mitschuld haben, wird dabei nicht gesagt. Entgegen allen Beteuerungen unseres Wunderkanzlers werden wir deshalb (mit Einverständnis der SPÖ) einen großen Brocken in den Topf zur Unterstützung der „Krisenländer“ blechen. Ursprünglich wollte „ER“, ja keinen Schenkungen zustimmen, jetzt ist alles anders

und wir müssen „nur“ gut die Hälfte spenden, für den „Rest“ der Schulden wird aber garantiert.

Und woher kommt das Geld? Die Union soll, schlecht getarnt, entgegen dem Wortlaut der Verträge (!), Geld aufnehmen dürfen. Wir sollen das aber nicht direkt selbst zahlen, wird uns eingeredet. Dafür würde dann ein weiteres Stück der nationalen Rechte aufgegeben und Brüssel dürfte erstmalig Steuern (z.B. auf Plastik etc.) einheben. Wer glaubt, dass solche Kosten nicht auf uns die Verbraucher, durch Preiserhöhungen umgewälzt würde, ist ein Träumer oder betreibt Augenauswascherei. Im „armen“ Italien ist übrigens die Durchschnittspension höher als bei uns oder in Deutschland, der Pensionsantritt oft früher und auch der private Wohnungsbesitz breiter gestreut. Die Kreditzinsen und Schulden werden noch unsere Enkel zurückzahlen.

Dazu wird (die SPÖ unterstützt darin den deutschen Finanzminister) der nächste Schritt in die „Schuldenunion“ eingeleitet. Die Haftung für die Kredite aller Mitglieder, auch der Staaten, die mehr als das Doppelte der eigentlich erlaubten Schulden haben, soll nun von allen Ländern übernommen werden. Wenn dann etwa Griechenland (hatten wir ja schon einmal) in Staatskonkurs geht, haftet Österreich anteilmäßig mit. Das sagt man uns nur nicht gerne. Verschwiegen wird auch, dass aus einem anderen Fond (EMS) bereits hunderte Mil-

liarden als Hilfszahlungen geflossen sind und die Europäische Zentralbank laufend die wertlosen Papiere in von Konkurs bedrohten Staaten, zur Stützung der Systeme aufkauft. Ungedeckt druckt die Notenbank dafür Milliarden Euro und fördert die Inflation, die unsere ohnehin lächerlichen Zinsen auffrisst und Sparguthaben entwertet.

Es ist nicht ganz einfach, dieses System der Beiträge zu durchschauen, und das ist von unseren „Oberen“ auch nicht gewünscht, sonst könnten wir uns ja Sorgen über unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel machen, die, wenn es gut geht(!), die jetzt zu finanzierenden Unterstützungen in den nächsten dreißig bis vierzig Jahren zurückzahlen müssen.

**Dann werden die Regierenden der Großparteien, um deren Wahl es jetzt geht, nicht mehr in Amt und Würden sein, sondern ihre Pension genießen – ob sie dann „wohlverdient“ ist, sei dahingestellt. „Wir sind alle Europa“ wird uns immer eingetrichtert. Beim Zahlen für die anderen sind wir es sicher!**



# Kommt jetzt die nächste Welle?

**Nein, in diesem Beitrag geht es nicht, wie man vielleicht vermuten könnte, um Corona, sondern um ein anderes, auf Dauer gesehen viel größeres Problem für unser Land, nämlich die massive Zuwanderung, überwiegend aus Ländern mit völlig „anderer“ Kultur. Der eben präsentierte neue Migrationsbericht sollte uns eigentlich aufrütteln, wird aber von einer einflussreichen Gruppe in Politik, Medien und Kirchen, möglichst überspielt.**

Zunächst die Zahlen. Über 2 Millionen, bald sogar 25 Prozent der Menschen in unserem Land haben Migrationshintergrund. Gut 200.000 davon sind allein 2015 mit der großen Welle zu uns gekommen.

Der jetzige Bundeskanzler KURZ war damals Integrationsminister und sein Spitzenkandidat bei dieser Wahl war VP Generalsekretär und Obmann in Wien. Beide befanden sich in der ersten Reihe der „Willkommensklotscher“ (Kurz: „Der durchschnittliche Zuwanderer heute ist gebildeter als der Österreicher“) und erzählten uns, welche Bereicherung dies für das Land bedeuten würde. Und jetzt haben wir die Bescherung – und die Kosten!

Fast fünfzig Prozent der Einwoh-

ner Wiens haben Migrationshintergrund. Rot und Grün fordern für sie das Wahlrecht, selbst wenn sie keine Staatsbürger sind. Der zaghafte Rückzieher von Ludwig in den letzten Tagen, wird übrigens auch nach den Wahlen wieder Geschichte sein, denn die SPÖ setzt auf diese Wählergruppe. Wenn sich die Stadttroten nur nicht täuschen. Eine Türkenpartei wird kommen.

Die hohe Geburtenrate der Zuwanderer (massive Sozialleistungen für alle in Wien, auch für die, die nie eingezahlt haben, macht es für sie sogar lukrativ) führt dazu, dass die echten Wiener in ihrer Stadt bald in der Minderheit sein werden. Es erfolgt ein „Austausch“ der Mehrheitsbevölkerung und damit von sehr vielem,

was diese Stadt ausmacht.

„Wien die lebenswerteste Stadt der Welt“ trommelt die SPÖ seit vielen Jahren. Der Bericht belehrt uns aber, dass Kinder aus den Zuwandererhaushalten schon fast fünfzig Prozent der Schüler ausmachen, in manchen Schulen sind es fast hundert Prozent. Sie können sehr oft nicht oder kaum Deutsch, was den Schulerfolg natürlich beeinflusst. Zwei Drittel der Schulabgänger können nicht ordentlich/sinnerfassend lesen. Deren Weg führt großteils direkt in die Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung. Diese haben dafür noch keinen Euro für das Land geleistet.

Und die Kinder der eingesessenen Wiener leiden darunter, dass das Schulniveau sinkt, bzw. sind



sie fast Ausgestoßene unter einer Mehrheit von Mitschülern, die sie nicht verstehen.

Auch in einem anderen Bereich finden sich ähnlich erschreckende Zahlen. Die Kriminalstatistik weist aus, dass von ca. 8.500 Häftlingen über fünfzig Prozent Ausländer sind, nicht eingerechnet bereits Eingebürgerte, jeder kostet 120 - 150 Euro/Tag. Gut 3.000,- Euro im Monat netto hätten die meisten Österreicher gerne auf die Hand. Dazu kommt das steigende Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden. Messerstechereien, Vergewaltigungen und Morde sind alltäglich geworden. Frauen sind besonders oft die Opfer. Manche Delikte, besonders der Drogenhandel, sind fest in der Hand von Zuwanderergangs. Werden diese dann berechtigterweise öfter kontrolliert, ist das nicht Zielgruppenfahndung sondern „Rassismus“. Und die Medien spielen da voll mit.

Was also tun? Zunächst totaler Zuwanderungsstopp aus Nicht-EU-Ländern, dann radikale Rückführung von abgelehnten Asylwerbern. Wenn diese nicht

angenommen werden, muss Druck über die EU (Hilfsgelder) gemacht werden. Ist Brüssel unfähig oder nicht Willens, müssen wir unsere Zahlungen überdenken. Auch das Vetorecht muss notfalls eingesetzt werden. Kriminelle sind, unabhängig von den Delikten, sofort abzuschieben. Wer kein ausreichendes Einkommen hat, muss ebenfalls gehen. Und letztlich sind Zusatzzahlungen und Sozialleistungen für diese Gruppen so zu reduzieren, dass der Aufenthalt auf unsere Kosten nicht so attraktiv bleibt wie jetzt. Österreich liegt bei der Zahl von Fremden im Land im europäischen Spitzenfeld. Aber wir können nicht alle Probleme der Welt bei uns lösen. Wenn das vor einem Jahrzehnt im Gemeinderat von Freiheitlichen gesagt wurde, brach immer ein Sturm der Empörung aus. Heute kann das der Außenminister öffentlich so vertreten.

Türkis hat deshalb einen Schwenk um 180 Grad in der Integrationsfrage gemacht und vertritt, zu spät, alte freiheitliche Forderungen (BÜMEL darauf angespro-

chen: „Nicht alle freiheitlichen Forderungen waren schlecht“). Glaubwürdig ist die KURZ-Mannschaft deswegen aber nicht. Der nächste Schwenk kommt bestimmt.

Aber auch die SPÖ rudert zurück. Wer heute den Genossen CAP, das SPÖ-Urgestein, in den Fernsehdiskussionen auf oe24 erlebt, glaubt manchmal sogar, Jörg Haider zu hören. Die Genossen haben massives Fracksausen ob des Ernstes der Lage, sie wissen aber nicht, wie sie aus dem Dilemma herauskommen sollen. Massive Inseratewellen der Altparteien und aufgestockte Medienförderungen in zig Millionen Höhe helfen eine Zeit lang das Problem zu verdecken. Wir haben aber keine Zeit mehr!

Deshalb muss die FPÖ stark bleiben. Einzelne Personen haben sie, durch unentschuldigbares Verhalten, geschwächt. Diese sind entfernt. Aber die Forderungen und Ziele bleiben richtig und die Kontrolle und Mahnung einer starken freiheitlichen Opposition sind wichtiger denn je! Gerade die letzten Ereignisse beweisen das.



# Die Sicherheit der Liesinger Bürger muss wieder an erster Stelle stehen

Mit über 110.000 Einwohnern leben heute bereits mehr Menschen in Liesing als in Klagenfurt. Doch noch immer verfügt Liesing nur über drei Polizeiinspektionen und auch die Aufstockung der Polizeibeamten wurde sträflich vernachlässigt. Nun rächt es sich, dass unter den ÖVP-Innenministern Polizeiinspektionen geschlossen und Polizisten abgebaut wurden. Die Polizei leistet in unserem Bezirk eine großartige Arbeit, aber sie ist bereits seit Jahren am Limit. Mit der wachsenden Einwohnerzahl erhöht sich auch automatisch der Arbeitsaufwand der Polizei und damit auch die Belastung der diensthabenden Polizisten. Betroffen davon ist aber auch die Bevölkerung, die oft lange warten muss, bis die Beamten am Einsatzort eintreffen.

## Unsere Polizei soll der „Partner der Bürger“ sein und nicht der Sündenbock der Politik

Oftmals bekommt die Polizei auch nicht den notwendigen Rückhalt der Politik. Dieser fehlende Rückhalt hat sich besonders stark in der Corona-Krise gezeigt, als die Polizei dazu angehalten wurde die Gesetze und Verordnungen streng durchzusetzen. Als sich dann zeigte, dass viele Strafen zu Unrecht ausgestellt wurden, war der Sündenbock schnell gefunden. Laut mancher Medien waren es „übermotivierte“ Beamte. Dass für die „fehlerhaften“ Verordnungen die Minister, der Verfassungsdienst und damit in letzter Konsequenz auch der Bundeskanzler, da dieser seine Zustimmung bei der Beschlussfassung durch den Ministerrat verweigern hätte können, verantwortlich waren, wurde oftmals verschwiegen. Die Polizeibeamten auf der Straße wurden mit diesem „Verordnungschaos“ und ohne Hilfestellung allein gelassen, denn Schulungen für die neuen Gesetze und Verordnungen hat es keine gegeben. Die Beamten haben lediglich die Anordnungen aus den Ministerien eingehalten, doch die Minister haben sich sofort ihrer Verantwortung entzogen und damit die Schuld der Exekutive in die Schuhe geschoben. Viele Polizeibeamte vermissen den Rückhalt der Politik so wie zu Zeiten von Innenminister Kickl, der seine Beamten nie im Stich gelassen hat.

## FPÖ-Liesing fordert mehr Polizeibeamte für Liesing

Die Kriminalität steigt an, speziell im Bereich der Jugendkriminalität. Die Aufgaben im Bereich der Verkehrssicherheit erhöhen sich und auch die Lärmbelastigungen nehmen zu. Dazu kommt noch die Kontrolle des Liesinger Straßenstrichs. Straßenprostitution ist mit Ausnahme von Wien in allen anderen Bundesländern bereits verboten.

**Damit die Polizei aber all diese Aufgaben bewerkstelligen und damit die Sicherheit der Bürger auch weiter gewährleisten kann, fordert die FPÖ eine Aufstockung der Polizeibeamten, die auch der wachsenden Einwohnerzahl gerecht wird.**





Foto: © FPÖ

## Generationenhaus FPÖ-Liesing

Unsere Bezirksgruppe versteht sich seit Jahren als „politisches Generationenhaus“, indem alle Altersgruppen vertreten sind. Von jung bis jung geblieben, finden sich bei unseren Kandidaten Menschen, die die Lebensqualität in unserem Bezirk verbessern möchten. Ebenso finden sich in unseren Reihen die verschiedensten Berufsgruppen: Angestellte, Arbeiter, Selbständige, Beamte, Polizisten, Lehr-

linge, Studenten und Pensionisten. Eine Sozialpädagogin und ein Pilot runden das Angebot ab. Die unterschiedlichen Alters- und Berufsgruppen arbeiten gemeinsam an Problemlösungen und profitieren dabei durch ihre unterschiedlichen Berufs- und Lebenserfahrungen. Das Ziel dieser Ausgewogenheit ist eine bürgernahe Bezirkspolitik mit Hausverstand, zum Wohle Liesings und seiner Bürger.

**Wir verstehen Politik als Dienstleistung an den Bürgern  
Sieben Tage die Woche für Sie erreichbar**



Foto: © FPÖ

**LAbg. Roman Schmid**

Bezirksobmann

Tel.: 0664/4414075

E-Mail: roman.schmid@fpoe.at

[www.facebook.com/romanschmidfpoe](https://www.facebook.com/romanschmidfpoe)



Foto: © FPÖ

**BR Mag. Silvia Forstner**

Bezirksvorsteher-Stellvertreterin

Tel.: 0680/3173766

E-Mail: [silvia.forstner@fpoe-wien.at](mailto:silvia.forstner@fpoe-wien.at)



Foto: © FPÖ

**BR Sabine Kotasek**

Klubobfrau

Tel.: 0650/9120919

E-Mail: [sabine.kotasek@fpoe-wien.at](mailto:sabine.kotasek@fpoe-wien.at)

[www.liesing.fpoe-wien.at](http://www.liesing.fpoe-wien.at) | [www.wirliesinger.at](http://www.wirliesinger.at) | [www.facebook.com/fpoe-wien-liesing](https://www.facebook.com/fpoe-wien-liesing)